

FriEnt-Team

Gesundheitssysteme in (Post-)Konfliktsituationen: Transitional Justice und Friedensarbeit

Mit einem Fachgespräch am 25. Mai startete FriEnt in eine Veranstaltungsreihe, die sich im Jubiläumsjahr mit aktuellen Herausforderungen an den Schnittstellen von Friedensarbeit und einzelnen Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit auseinandersetzt. Das Fachgespräch zu Gesundheit und Friedensarbeit nahm gleichzeitig offen gebliebene Fragen der internationalen FriEnt-Konferenz zu Transitional Justice und Entwicklung im letzten Jahr auf.

Im Gesundheitssektor wurde eine Reihe von Ansätzen entwickelt, die Konfliktsensibilität und Friedensarbeit berücksichtigen. Zum einen stellen sich spezielle Anforderungen an Gesundheitssysteme in Postkonfliktsituationen. Traumaarbeit, der Umgang mit den Folgen sexueller Gewalt oder die Unterstützung von Kriegsversehrten sind hier wichtige Betätigungsfelder geworden. Zum anderen hat die WHO mit dem Konzept „Health as a Bridge for Peace“ einen Ansatz entwickelt, der medizinisches Personal in Postkonfliktsituationen als „Brückenbauer“ zwischen Konfliktparteien schulen und einsetzen möchte. Transitional Justice ist ein dritter Bereich, in dem die Relevanz von konflikt-sensibler Gesundheitsarbeit deutlich, wenn auch nicht allzu häufig umgesetzt wird. Alle drei Ansätze wurden in dem Workshop vorgestellt und diskutiert. Erfahrungen aus Peru, Guatemala, Pakistan und Südafrika standen dabei im Mittelpunkt des Austausches.

Deutlich wurde, dass vor allem bei der Arbeit im Gesundheitssektor nach Konflikten die Verbindungen zur Entwicklungs- wie zur Friedensarbeit weiterentwickelt und gestärkt werden müssen. So haben Erfahrungen mit dem „Health as a Bridge for Peace“-Programm gezeigt, dass auch hier Instrumente der Friedensarbeit stärker genutzt werden könnten, um den Ansatz in Postkonfliktsituationen tragfähig zu machen: Werden beispielsweise bei der Rehabilitation von Infrastrukturen oder bei der Auswahl von medizinischem Personal die Konfliktlinien berücksichtigt? Ergeben sich dabei Möglichkeiten, „connectors“, also Konflikt überbrückende Kräfte, zu stärken?

Das Beispiel der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, die in ihrem Reparationenplan auch die Behandlung von kriegsbedingten gesundheitlichen Schäden vorschlägt, machte deutlich, dass Transitional Justice Mechanismen eine wichtige Grundlage für Wiedergutmachung auch im Gesundheitsbereich bieten können. Gleichzeitig können sie ei-

Inhalt

FriEnt-Team	
Gesundheitssysteme in (Post-) Konfliktsituationen	1
Die Schlüsselrolle von Bildung in der Friedensförderung	2
Ägypten im Umbruch: Partnerorganisation des EED zu Gast bei FriEnt	3
Mitgliedsorganisationen	
BMZ: Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes	4
FES: Wem gehört die Sahara? Neue Konfliktanalyse erschienen	5
FES: Nachhaltiger Frieden im Sudan?	5
Misereor: Konfliktrohstoff Uran	6
hbs: Grenzenlos illegal: Konferenz zur transnational organisierten Kriminalität	7
ZIF: Veröffentlichung des Annual Review of Global Peace Operations 2011	8
EED: Frieden und Sicherheit auf dem Dresdener Kirchentag	9
10 Jahre FriEnt – Essayserie	
Lisa Laplante: Linking Peacebuilding and Health in post-conflict settings	10
FriEnt Tipps & Infos	
Der Weltentwicklungsbericht 2011 in der Diskussion	13

Weitere Informationen

Sylvia Servaes, FriEnt
sylvia.servaes@bmz.bund.de

Links & Literatur

[„Health as a Bridge for Peace“-
Programm der WHO](#)

Lesen Sie hierzu auch den Essay von Lisa Laplante [„Linking Peacebuilding and Health in post-conflict settings“](#) in dieser Ausgabe.

Im Kürze erscheint eine ausführliche Dokumentation des Fachgesprächs

nen Anstoß für die Umsetzung von Rechten geben, die einem Großteil der Bevölkerung bereits vor dem Krieg verweigert wurden – was häufig eine zentrale Konfliktursache darstellte.

Weitere Elemente, die in den Beiträgen und der Diskussion hervorgehoben wurden, betreffen die Bedeutung, Opfergruppen in der Kenntnis ihrer Rechte und deren Umsetzung zu stärken; gleichzeitig staatliche Stellen in Stand zu setzen, ihre Pflichten einzulösen, zu denen auch der Schutz der Gesundheit ihrer Bevölkerung gehört. Eine einseitige Arbeit nur mit zivilgesellschaftlichen Gruppen oder nur mit staatlicher Seite würde in jedem Fall zu kurz greifen. Wichtig erschien den Teilnehmenden zudem ein Ansatz, der die Verbindung zu weiteren Sektoren im Blick behält, beispielsweise dem Bildungssektor. Damit gehöre zu einer effektiven Arbeit auch die Verbindung sowohl

zwischen verschiedenen Abteilungen innerhalb der einzelnen Organisationen als auch zwischen unterschiedlichen Organisationen, deren Arbeit einander ergänze.

Die Schlüsselrolle von Bildung in der Friedensförderung – Bestandsaufnahme und Herausforderungen

Eine weitere Veranstaltung anlässlich zehn Jahren FriEnt beschäftigte sich am 15. Juni mit den Schnittstellen von Bildung und Friedensarbeit. Bildung spielt eine Schlüsselrolle in der entwicklungspolitischen Friedensarbeit. Als „social policy“ und Sozialisierungsort haben Bildungspolitik und -einrichtungen großen Einfluss auf die Entwicklung von Identitäten und Verhalten. Heute wissen wir, dass Bildung sowohl Lösung wie auch Teil des Problems sein kann. Sie kann zur Verschärfung von gesellschaftlichen Konflikten und der Eskalation von Gewalt beitragen, beispielsweise durch einen ungleichen Zugang zu Bildungseinrichtungen, als Instrument zur kulturellen Unterdrückung oder durch manipulierende Bildungsinhalte. Ebenso können von Nötigung geprägte Lernkulturen im schulischen Kontext die Anwendung von Gewalt außerhalb der Schule legitimieren und befördern.

Das Bemühen um eine konstruktive Rolle von Bildung in der Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten gehört zu den Hauptanliegen entwicklungspolitischer Friedensarbeit in den letzten 15 Jahren. Doch wo stehen wir in diesem Prozess des „Mainstreaming“, in der Verbreitung von Methoden und Instrumenten der Konfliktbearbeitung in der Bildungsarbeit und der konfliktensiblen wie anpassungsfähigen Ausgestaltung von Bildungssystemen? Welche Erfahrungen wurden gesammelt und welchen konzeptionellen wie praktischen Herausforderungen begegnen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in der formalen und non-formalen Bildungsarbeit in Konfliktkontexten?

Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs, das gemeinsam von FriEnt und dem BMZ ausgerichtet wurde und weit über 30 Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Bildung und Friedensförderung in den Austausch brachte.

Die Bilanz durch Klaus Seitz fiel gemischt aus. Einerseits hätten die Relevanz und der substantielle Beitrag von Bildung im internationalen wie nationalen Diskurs in den letzten zehn Jahren an Bedeutung gewonnen. So sei das Wissen darüber, was schaden kann, zwar gewachsen. Jedoch sei die Anwendung von Prinzipien wie Do No Harm und Konfliktsensibilität in der Praxis weniger breit verankert. Andererseits überwiege die „doppelte Vernachlässigung“ des Themas: So spiele Bildung in den gegenwärtigen Debatten um Fragilität und Friedensförderung allenfalls eine untergeordnete Rolle. Gleichzeitig würden Themen wie Ge-

waltprävention und Friedensförderung im entwicklungspolitischen Bildungsdiskurs eher wenig diskutiert. Eine prominente Ausnahme stelle der Weltbildungsbericht 2011 dar, der sich dem Thema Bildung und Gewaltkonflikt widmet. Auch im Entwurf der BMZ-Bildungsstrategie wird die Bedeutung von Bildung für die Friedensförderung genannt. Dennoch bleibe die Datenlage unzureichend, was die Notwendigkeit nach einer systematischen Verzahnung der Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Bildungsarbeit unterstreiche.

In Form von zwei Beiträgen wurden Erfahrungen aus der Bildungsarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure aus der Praxis in den Fokus gerückt. Ulf Metzger berichtete von der Arbeit der GIZ in Sri Lanka, bei der in der Entwicklung und Umsetzung einer Bildungsstrategie und entsprechenden -politik der Ansatz der sozialen Inklusion von großer Bedeutung ist. Stephan Clauss sprach von seinen Erfahrungen als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst der Kurve Wustrow in Palästina und seiner Arbeit mit palästinensischen Schulsozialarbeitern. Dabei wurde deutlich, dass Prozesse mit dem Ziel individueller Einstellungs- und Verhaltensänderungen mit systemischen, auf unterschiedliche Ebenen zugeschnittenen Arbeitsansätzen verknüpft werden müssen, um gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse zu unterstützen. Ein holistisches Bildungsverständnis, das die Übergänge zwischen verschiedenen Bildungsbereichen besser verzahnt, sei hierfür wichtig.

Als zentrale Herausforderung wurde in der Diskussion identifiziert, kausale Wirkungszusammenhänge darzustellen. Denn nicht nur der Konfliktkontext und damit verbundene Wirkungsvoraussetzungen müssen hinreichend analysiert werden, es müssen auch nachvollziehbare Wirkannahmen und messbare Indikatoren entwickelt werden. Da generationsübergreifende Veränderungsprozesse in fragilen und von Gewaltkonflikten geprägten Kontexten mit den üblichen Methoden aber nur begrenzt nachgewiesen werden können, kommt der Entwicklung innovativer Ansätze der Wirkungsbeobachtung und -messung eine besondere Rolle zu.

Das Arbeitsgespräch bestätigt, dass die Schlüsselrolle von Bildung für Entwicklung nur dann zum Tragen kommen kann, wenn ihre friedensfördernden Beiträge in der konfliktsensiblen, systemischen Umsetzung verankert werden. Neben der Frage nach der Ausgestaltung wird der Frage nach der systematischen Integration von Ansätzen zur Identitätsbildung und Wertevermittlung in der Weiterbearbeitung im FriEnt Rahmen nachgegangen werden.

Ägypten im Umbruch: Partnerorganisation des EED zu Gast bei FriEnt

Welche Herausforderungen sehen zivilgesellschaftliche Akteure bei den aktuellen Transformationsprozessen in Ägypten? Diese Frage stand im Mittelpunkt des FriEnt-Arbeitsgesprächs mit der ägyptischen Nichtregierungsorganisation „Coptic Evangelical Organisation for Social Services in Egypt“ (CEOSS), einer Partnerorganisation des EED. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist insbesondere in Zeiten sich auflösender und verändernder staatlicher Institutionen wichtig, so die Einschätzung der Ägypter. Die Regulierungen für zivilgesellschaftliche Organisationen müssten daher aufgehoben werden. Andernfalls drohe die „Revolutionsrendite“ zumindest im sozialen und ökonomischen Bereich auszubleiben und die politischen Erfolge der Revolution zunichte gemacht zu werden.

Weitere Informationen

Anja Justen, FriEnt
anja.justen@bmz.bund.de

Bodo Schulze, FriEnt
bodo.schulze@bmz.bund.de

Sylvia Schmitt, GIZ
sylvia.schmitt@giz.de

Links & Literatur

[Weltbildungsbericht 2011: Die unbeachtete Krise – Bewaffneter Konflikt und Bildung](#)

[„Zehn Ziele für Bildung“ BMZ-Bildungsstrategie-Entwurf](#)

[Minimum Standards for Education Inter-Agency Network for Education in Emergencies \(INEE\) | 2010](#)

[Education for Social Cohesion Sri Lanka | GIZ](#)

Neben wirtschaftlicher Unterstützung aus dem Ausland und Hilfe zur Korruptionsbekämpfung, sei es besonders wichtig, die bislang nur begrenzt organisierten Zusammenschlüsse der Protestbewegung zu fördern. Dabei reiche es allerdings nicht aus, die Unterstützung nur auf Kairo und die städtischen Gebiete zu begrenzen. Entscheidend für einen nachhaltigen Transformationsprozess sei es, auch die „schweigende Mehrheit“ der Ägypterinnen und Ägypter in ländlichen Gebieten zu erreichen, die sich bislang kaum an den Protesten beteiligt habe. Mit Blick auf die anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sei dies umso dringender.

Weitere Informationen

Bodo Schulze, FriEnt
bodo.schulze@bmz.bund.de

Judith Reisenauer, EED
Judith.Reisenauer@eed.de

Links & Literatur

[Coptic Evangelical Organisation for Social Services in Egypt \(CEOSS\)](#)

[FriEnt Impulse - Sonderausgabe Ägyptens steiniger Weg zu Frieden und Entwicklung](#)

FriEnt | April 2011

Ein besonderes Augenmerk müssten externe Akteure auch auf die Wahl der Partner vor Ort richten. Die Zunahme von religiös motivierten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen des Landes zeige deutlich, dass sich die Einheit stiftende Wirkung der Revolution langsam verflüchtige. Um einer Fragmentierung der Gesellschaft entgegenzuwirken, sei es daher wichtig, moderate Kräfte aller Gruppierungen zu unterstützen und den gegenseitigen Dialog zu fördern. Dabei sei Transparenz ein wichtiges Gebot, unter anderem auch zum Schutze der Glaubwürdigkeit externer Akteure.

Mitgliedsorganisationen

BMZ: Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes

Die Ergebnisse der vom BMZ beauftragten Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) liegen vor. Das Centre on Conflict, Development and Peacebuilding (CCDP), führte diese Evaluierung durch, die den Zeitraum seit der Einrichtung des ZFD, also von 1999 bis 2009/2010, umfasst.

Die Evaluierung des ZFD wurde sowohl in Deutschland als auch in acht Fallstudienländern durchgeführt (Burundi, Guatemala, Israel/Palästina, Kambodscha, Kolumbien, Niger, Serbien und Uganda). Ziel der Evaluierung war es, Rechenschaft abzulegen, Lernmöglichkeiten für die beteiligten Akteure zu schaffen sowie Empfehlungen für die Fortführung des ZFD und seiner Projekte auszusprechen.

Die Evaluierung kommt zu dem Schluss, dass der ZFD ein nützliches Instrument ist, das weitergeführt werden sollte. Der Fokus des ZFD auf die zivile Friedensförderung mit einer Konzentration auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Dialog- und Versöhnungskapazitäten in Konfliktgesellschaften passe sehr gut in das Instrumentenrepertoire der deutschen Friedens- und Entwicklungspolitik, das sich angesichts der historischen Erfahrungen Deutschlands mit Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat.

Diverse Stärken zeichnen den ZFD aus. Auf diesen positiven Eigenschaften beruhen die bisherigen Erfolge und die

Weitere Informationen

Katrin von der Mosel, BMZ
katrin.von-der-mosel@bmz.bund.de

Links & Literatur

Paffenholz, T. et al.: [Der Zivile Friedensdienst: Synthesebericht](#)
BMZ | Evaluierungsberichte 054 | 2011

Die Langfassungen sowie Anlagenbände können beim BMZ-Referat "Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit; Außenrevision" bestellt werden.

[Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes \(ZFD\) hebt positive Wirkungen hervor](#)
Presseinformation des Konsortiums Ziviler Friedensdienst

zukünftigen Potenziale, so die Autoren. Der ZFD müsse allerdings sein Profil erheblich klarer ausgestalten und die strategische Planung, das Monitoring und die Umsetzung des Programms müssen deutlich verbessert werden, damit diese Potenziale ausgeschöpft werden können und der ZFD als Akteur der deutschen Friedens- und Entwicklungspolitik mehr Bedeutung erlangen kann.

Dies bedeute, sich weiterhin auf die Stärken des ZFD zu konzentrieren und sich gleichzeitig systematisch mit dessen Schwächen auseinanderzusetzen. Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Veränderungen lasse sich im Kontext des ZFD-Rahmenkonzeptes realisieren. Dennoch, so die Empfehlung, werden maßgebliche Veränderungen bei der Steuerung und Durchführung sowohl von Seiten der ZFD-Träger als auch seitens des BMZ notwendig sein.

Am Ende der Kurzfassung finden sich fachliche Stellungnahmen des BMZ und des Konsortiums ZFD zu den Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Evaluierung.

FES: Wem gehört die Sahara? Neue Konfliktanalyse erschienen

Eine neue FES-Analyse setzt sich mit den Dynamiken zwischen den Tuareg, der Al Qaida au Maghreb Islamique und der organisierten Kriminalität auseinander. Die Konflikte im Norden Malis und der Region der Zentralsahara sind zunehmend komplex und unübersichtlich. Der

Tuareg-Konflikt ist noch immer nicht vollständig gelöst – hierbei spielt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Nordens eine große Rolle. Zudem ist die Region traditionell ein Durchgangsgebiet für illegale Handelsströme wie Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel von West- über Nordafrika nach Europa. Deren Entwicklung hat die Region zu einem rechtsfreien Raum werden lassen. Keiner der Anrainerstaaten ist in der Lage, sein gesamtes Territorium zu kontrollieren. Hiervon profitieren zunehmend auch Terroristen. So hat Al Qaida au Maghreb Islamique (AQMI) mittlerweile nicht nur in Nord- sondern auch in Westafrika Fuß gefasst. Ein historisches Problem Algeriens ist zu einem Problem der gesamten Region geworden. Vor allem der malische Staat ist von dieser Destabilisierung betroffen.

Darüber hinaus sind auch die Ansätze der internationalen Entwicklungszusammenarbeit von dieser Entwicklung bedroht. Für eine Lösung sind umfassende politische Ansätze erforderlich, die der Komplexität der Konflikte Rechnung

tragen. Nationale Ansätze können diesen Herausforderungen alleine nicht mehr gerecht werden, nur eine regionale Kooperation, mit internationaler Unterstützung, wird einen langfristigen und nachhaltigen Frieden in der Sahara erreichen können.

FES: Nachhaltiger Frieden im Südsudan? Diskussionsrunde in New York

Am 16. Mai hat die FES New York einen Rundtisch zum Thema „Institution-building in Southern Sudan“ organisiert. Die rund 40 Teilnehmenden setzten sich vor allem aus UN-Botschaftern sowie aus Nichtregierungsorganisationen und Universitäten zusammen. Baso Sangqu, UN-Botschafter Südafrikas, Tine Morch Smith, UN-Botschafterin Norwegens, sowie Lumumba Stanislaus-Kaw Di-Aping, UN-Botschafter des Südsudans, gestalteten das Podium, welches von Guatemalas UN-Botschafter Gert Rosenthal moderiert wurde.

Weitere Informationen

Annette Lohmann, FES Mali
lohmann@fes-mali.org

Links & Literatur

[Who Owns the Sahara?
Old Conflicts, New Menaces: Mali and
the Central Sahara between the Tu-
areg, Al Qaida and Organized Crime](#)
Annette Lohmann | FES Peace and
Security Series | Juni 2011

Eine französische Version erscheint
in Kürze

Bezugspunkt der Diskussionsrunde war das im Januar durchgeführte Unabhängigkeitsreferendum, in welchem sich die Südsudanesen mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit vom Norden aussprachen. Die Unabhängigkeitserklärung und Aufnahme des Südsudans in die UN sollen am 9. Juli erfolgen. Allerdings wird auch mit der südsudanesischen Staatsgründung unter anderem das im Januar 2005 abgeschlossene Naivasha-Friedensabkommen mit dem Norden enden. Dieses gewährt dem Süden eine gewisse administrative Autonomie und Beteiligung an den Erdöleinnahmen des Landes. Bis dato haben sich die Vertreter des Nord- und Südsudans nicht auf eine gemeinsame Politik für die Zeit nach der Staatsgründung des Südens einigen können. Offen bleiben Fragen über monetäre Verpflichtungen gegenüber Drittstaaten, den Grenzverlauf und die jeweilige Sicherheit gegenüber dem zukünftigen Nachbarstaat. So haben Vertreter des Nordens wiederholt herausgestellt, einen souveränen Südsudan zu dessen Konditionen nicht zu akzeptieren.

Vor diesem konfliktgeladenen Hintergrund kommt der Institutionalisierung des neuen Staates Südsudan eine entscheidende Rolle zu. Wie zuletzt auch der Weltentwicklungsbericht 2011 der Weltbank herausstellt, ist die Stabilität und ökonomische Prosperität von Entwicklungs- und Transitionstaaten entscheidend von der Effektivität ihrer Institutionen abhängig. Wie genau die Etablierung effektiver Institutionen im Südsudan jedoch erfolgen soll, ist derzeit aufgrund der Gemengelage von verschiedenen Akteuren und Interessen kaum abschätzbar.

Wie die Diskussion deutlich machte, bedarf es erheblicher Anstrengungen, das institutionelle Loch zu stopfen, welches in den vergangenen Jahren im Zuge des Konflikts entstanden ist. Um dies zu erreichen, müsse die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Geberländern und dem Südsudan ausgebaut, jedoch Abhängigkeit von Hilfszahlungen vermieden werden. So gehe es nicht nur darum, den Sicherheitssektors effizienter zu organisieren, sondern auch um eine Einbindung von Kombattanten und Polizeieinheiten in einen starken demokratischen Staatsapparat, der die Souveränität des Südsudans sicherstellt.

Weiterhin steht zur Debatte, ob und inwieweit die UN eine Rolle bei der südsudanesischen Staatsgründung und ihren Folgen spielen wird. Hingegen werden Regionalorganisationen sowie einzelne Geberländer beim Aufbau des südsudanesischen Staates eine gewichtige Rolle spielen. Wie genau sie sich aber entlang der Konfliktlinien zwischen dem Nord- und Südsudan positionieren werden, ist heute kaum absehbar. Je schneller jedoch der Aufbau von Institutionen im Südsudan voranschreitet, desto größer wird das Interesse anderer Länder an Kooperation und somit einem stabilen Staat. Der Südsudan hat dies erkannt und macht sich die ‚westliche‘ Perspektive zunutze, indem er sich gegen die Kooperation mit dem undemokratischen Regime in Khartum sträubt und für einen staats- und institutionszentrierten Ansatz plädiert. So bewegt sich das De-facto-Regime zielstrebig der Unabhängigkeit entgegen. Betrachtet man aber die verhärteten Positionen im Konflikt zwischen Nord und Süd, so wird deutlich, dass nachhaltige Stabilität in der Region auch mittelfristig nur schwer zu etablieren sein wird. Dies verdeutlichen auch die jüngsten Entwicklungen. Nach der Einnahme Abyeis durch nordsudanesischen Truppen am 21. Mai weitete sich die Gewalt auch auf die ölreiche Region Süd-Kordufan aus. Laut Angaben des Flüchtlingskommissariats der UN (UNHCR) sind derzeit rund 100.000 Menschen auf der Flucht.

Weitere Informationen

Christoph Gollasch
fes.associate@fesny.org

Volker Lehmann
VLehmann@fesny.org

Misereor: Konfliktrohstoff Uran

Trotz des deutschen Ausstiegs aus der Kernenergie steigt weltweit die Suche nach Uranerzvorkommen. Der jetzige Bedarf wird durch die Weltjahresproduktion nicht abgedeckt, sondern durch Nutzung vorhandener Uranvorkommen aus Abrüstungsvorhaben mit gedeckt.

Dieser Vorrat geht aber bald zu Ende. Zusammen mit den neu in Bau befindlichen Anlagen ergibt sich eine größere Nachfrage, die die Preise treibt und zu hektischen geologischen Explorationen weltweit führt. Alleine in Kamerun laufen derzeit 23 solcher Explorationen. Die Bevölkerung ist darüber wenig informiert und verunsichert.

Weitere Informationen

Axel Müller, AGEH
axel.mueller77@googlemail.com

Links & Literatur

[L'Uranium Au Cameroun](#)
RELUFA | 2011

Fünf zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Partner von MISEREOR/Katholischer Zentralstelle e.V., haben daraufhin ein Broschüre in französischer Sprache (L'Uranium Au Cameroun) erstellt, die in anschaulicher und sachlicher Form die Bedeutung des Urans, die Bedingungen seiner Ausbeutung, die gesetzlichen Grundlagen sowie Chancen und Risiken für die lokale Bevölkerung aufbereitet. Um frühzeitig zu einer friedlichen Konfliktlösung beizutragen wird damit den betroffenen Gemeinden und Verbänden die Möglichkeit gegeben, mit der Verwaltung, zuständigen Ministerien und den beteiligten Firmen einen sachgerechten Dialog zu führen, der die Rechte der ortsansässigen Bevölkerung berücksichtigt, frühzeitig Transparenz und Beteiligung ermöglicht und Machtmissbrauch und Korruption bei der Lizenzvergabe und Verwendung der Einnahmen möglichst verringert.

hbs: Grenzenlos illegal: Transnationale organisierte Kriminalität und die Zukunft einer demokratischen Welt

In Zeiten der Globalisierung ist die organisierte Kriminalität längst immanenter Bestandteil wirtschaftlicher Transaktionen. Geldwäsche, Korruption, Menschenhandel sowie Drogen- und Waffenhandel gehören zu den zentralen Betätigungsfeldern des transnationalen organisierten Verbrechens. Dies gefährdet die Legitimität des Staates und stellt, je nach Weltregion, eine schleichende oder auch offene Bedrohung demokratischer Strukturen dar.

Mit der internationalen Konferenz „Grenzenlos illegal: Transnationale organisierte Kriminalität und die Zukunft einer demokratischen Welt“, die vom 6. bis 8. Juni 2011 in Berlin stattfand, hat die Heinrich Böll Stiftung diesen bislang vernachlässigten Aspekt von Globalisierung aufgegriffen. Entlang diverser Routen des organisierten Verbrechens – von Europa über Asien, Afrika und Lateinamerika – tauschten sich internationale Experten aus unterschiedlichsten Disziplinen über Ursachen, Symptome und Auswirkungen der organisierten Kriminalität im Zeitalter der Globalisierung aus. Im Mittelpunkt standen die diversen Antriebskräfte für Kriminalität und das Dilemma transnationaler ökonomischer Strukturen, bei denen die Grenze zwischen Legalität und Illegalität häufig mehr und mehr verwischt.

Eine der vielen Diskussionsrunden beschäftigte sich mit der wechselseitigen Beziehung zwischen kriegsbedingten sozialen Verwerfungen und kriminellen Aktivitäten am Beispiel Afghanistans. Insbesondere Dr. Yama Torabi von der NRO Integrity Watch Afghanistan (IWA) gab einen düsteren Einblick in die aktuelle Lage in seiner Heimat: Afghanistan sei ein Land mit einem extrem hohen Niveau von Korruption, die in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens existiere und gleichsam als „business as usual“ gelte. Zu dem Problem der Korruption komme die hohe Kriminalisierung in allen Gesellschaftsschichten, selbst die politische Elite sei in illegale Geschäfte und Machenschaften verstrickt. Beide Phänomene, so Torabi, führen zu einer politischen Instabilität, die die Entwicklung Afghanistans stark behindert.

Bei der Frage nach den Wurzeln für Korruption und Kriminalisierung arbeiteten die Experten die wesentlichen Faktoren klar heraus: der schwache Staat, der seine staatlichen Pflichten nur unzureichend erfüllt, erleichtere Korruption und biete dem organisierten Verbrechen die Möglichkeit, sich in Entscheidungsstrukturen einzukaufen. Aber auch die finanziellen Hil-

fen der internationalen Gemeinschaft gelten als mitverantwortlich für Korruption im Staat, da die Gelder oft unkoordiniert und intransparent eingesetzt würden.

In der gesamten Konferenz wurde deutlich, dass bei der Analyse des transnationalen organisierten Verbrechens immer auch das spezielle kulturelle und historische Umfeld berücksichtigt werden muss. Als ein Resümee lässt sich festhalten, dass eine effektive Eindämmung der organisierten Kriminalität über Staatsgrenzen hinweg nur in Zusammenarbeit von Politik, Strafverfolgungsbehörden und Zivilgesellschaft entstehen kann. Offen blieb hingegen die Frage, in wie weit Kriminalität im Zeitalter der Globalisierung überhaupt auf nationalstaatlicher Ebene bekämpft werden kann: Während einerseits die internationale Kooperation zwischen allen relevanten Akteuren vertieft werden sollte, sind es andererseits oft nur lokal begrenzte – häufig zivilgesellschaftliche – Initiativen, die sich erfolgreich gegen eine wachsende Kriminalisierung durchsetzen können. Arun Kumar, Professor an der Jawaharlal Nehru Universität in Neu Delhi, erinnerte zum Abschluss der Konferenz daran, dass sozialer Wandel immer auch eine Veränderung des kollektiven Bewusstseins voraussetzt. Ein solcher Wandel benötigt Zeit und sollte durch einen nachhaltigen Dialog gefördert werden.

Weitere Informationen

Annette von Schönfeld, hbs
vonSchoenfeld@boell.de

Götz Gölitz und Philipp Panizza

Links & Literatur

[Hintergrundmaterialien zur Konferenz „Grenzenlos illegal“](#)

ZIF: Veröffentlichung des Annual Review of Global Peace Operations 2011

Auch in diesem Jahr stellt das ZIF zusammen mit dem New Yorker Center on International Cooperation (CIC) den Annual Review of Global Peace Operations vor. Der Bericht bietet einen umfassenden Überblick über alle Friedenseinsätze weltweit und erörtert aktuelle Trends und Entwicklungen.

Eine Systematisierung, wie sie der Review vornimmt, ist besonders nützlich, da das Aufgabenspektrum für internationale Friedenseinsätze seit 1990 beständig wächst. Im Rahmen von multidimensionalen Einsätzen soll ein aktiver Beitrag zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konflikttransformation geleistet werden – oftmals in schwachen Staaten. Die hohe Komplexität der Einsätze wirft bis dato ungelöste Koordinierungsprobleme auf. Personelle und nicht zuletzt finanzielle Sachzwänge tragen ihren Teil dazu bei, dass die internationale Gemeinschaft auch über Alternativen zum personalintensiven Peacekeeping mit großer militärischer Komponente nachdenkt.

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die zentralen Diskussionsthemen der letzten Jahre: alternative Missionsmodelle, Kostenreduktionen, der vermehrte Einsatz von speziellen so genannten politischen Missionen – wie beispielsweise dem „United Nations Integrated Peacebuilding Office in Sierra Leone“ (UNIPSIL) – und institutionelle Reformen innerhalb der Einsatzarchitektur der UN – Themen, die auch der Annual Review regelmäßig aufgreift.

Der thematische Fokus des Annual Reviews 2011 lautet „Peacekeeping Transitions“: die Übergangsphase am Ende einer umfassenden Mission und der Übergabe von Verantwortung an nationale Autoritäten oder regionale bzw. lokale Akteure. In seinem Beitrag beleuchtet Ian Johnstone vor allem die politischen Schlüsselfragen:

- Was kann realistischer Weise von einem Friedenseinsatz erwartet werden, bevor er zurückgefahren wird?
- Wie stark kann oder soll eine Mission in die lokalen Gegebenheiten eingreifen?

- Welche Rolle spielt die Zustimmung lokaler Akteure zu Einsätzen und wie sieht deren Verhältnis zu externen Akteuren aus?
- Welcher Frieden ist „gut genug“, um eine Friedensmission zu schließen?

Weitere Informationen

Stefan Köppe, ZIF
S.Koeppe@zif-berlin.org

Links & Literatur

[Projektseite des Annual Reviews am CIC](#)

[UN-Friedenseinsätze: ein Plädoyer für strategische Investitionen](#)
Richard Gowan | ZIF | 2010

[Zukunft für das Peacekeeping. Das "New Horizon" Papier der Vereinten Nationen](#)
Wibke Hansen und Tobias von Gienanth | ZIF | 2009

Neben inhaltlichen Impulsen stellt der Annual Review auch eine Fülle von Fakten und Zahlen bereit. Einige Hauptentwicklungslinien des letzten Jahres seien hier skizziert:

- Trotz operativer, personeller und finanzieller Sachzwänge stieg die Zahl von Peacekeepern (militärisch und zivil) im Jahr 2010 auf 256.170 (plus 32 Prozent verglichen mit dem Vorjahr).
- Ein Großteil dieses Anstiegs ist der Verstärkung der ISAF der NATO in Afghanistan um 60.000 Soldaten geschuldet.
- Das UN-Engagement wuchs um 2,4 Prozent, so dass 2010 insgesamt 99.172 UN-Peacekeeper im Einsatz waren.
- Die südasiatischen und afrikanischen Staaten stellen nach wie vor einen Großteil der Truppen für UN-Einsätze. Pakistan, Indien und Bangladesch sind die größten militärischen Truppensteller für UN-geführte Einsätze.

Der Review zeigt Errungenschaften und Herausforderungen von Friedenseinsätzen auf. Damit liefert er gerade auch vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse gute und notwendige Denkstöße für zukünftiges, internationales Engagement, ob in Libyen oder Südsudan.

EED: Frieden und Sicherheit auf dem Dresdener Kirchentag

Vom 1. bis 5 Juni trafen sich Hunderttausende auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden. Viele davon pilgerten täglich zum „Zentrum Frieden und Sicherheit“, um über Friedenspolitik und Sicherheitsthemen in der heutigen Zeit zu debattieren. Dort präsentierte sich unter anderem die „Ökumenische Friedensdekade“, die von dem Engagement der weltweiten Ökumene für Frieden und Gerechtigkeit berichtete. Eine Ausstellung informierte über den Zivilen Friedensdienst. Zentraler Anziehungspunkt waren die prominent besetzten Podien mit brisanten Friedensthemen.

Auf einer dieser Veranstaltungen berichtete beispielsweise Pastor Lapsley, wie schwer aber auch wie wichtig Versöhnungsarbeit ist. Er hat selber bei einem Briefbombenanschlag während beide Hände verloren. Trotzdem hat er sich nicht beirren lassen und sich weiter gegen die Apartheid in Südafrika eingesetzt. Anschließend hat er das „Institute for Healing of Memories“ in Kapstadt aufgebaut, in dem Vergangenheitsbewältigung und Versöhnungsarbeit geleistet wird. Dr. Anthea Bethge, Eirene International, berichtete von ihren Erfahrungen als ZFD-Fachkraft in Zentralafrika. Ein anschließendes Podium, unter anderem mit der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, verglich damit Erfahrungen aus der Aufarbeitung der SED-Zeit und ihrer Opfer.

Johan Galtung und Dieter Senghaas diskutierten auf einem weiteren Podium, ob unter bestimmten Bedingungen der Einsatz von rechtserhaltender Gewalt legitimierbar ist, wie es die EKD-Denkschrift von 2008 darstellt. Ein anschließendes Panel mit dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche Deutschlands, Renke Brahms, sowie hochrangigen Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Anglikanischen Kirche diskutierten die historischen Haltungen ihrer Kirchen zum gerechten Krieg und gerechten Frieden.

Auf einem liturgischen Abend wurde von der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation, der Abschlussveranstaltung der Ökumenischen Dekade gegen Gewalt, berichtet. Unter Beteiligung des ehemaligen ÖRK-Generalsekretärs Konrad Raiser und Margot Käßmann wurden die Ergebnisse der Beratungen und die Abschlusserklärung der Konvokation vorgestellt, die in einem Ökumenischen Aufruf für gerechten Frieden endete.

Großen Zulauf fand am letzten Tag die Podiumsveranstaltung zur Problematik vernetzter Sicherheit und dem Sudan. Verteidigungsminister De Maiziere, BMZ-Staatssekretärin Gudrun Kopp, EKD-Ratsvorsitzender Nikolaus Schneider und der Sudan-Sonderbeauftragter der UN Pekka Haavisto diskutierten mit dem Generalsekretär des Sudanesischen Christenrats Ramadan Chan über die Zukunft des Sudans nach dem 9. Juli 2011, dem Stichtag für die Unabhängigkeit des Südsudan. Die Angst vor einem erneuten Ausbruch lang anhaltender Gewalt ist sehr groß. Gudrun Kopp betonte die Unterstützung der neuen südsudanesischen Regierung. Thomas de Maiziere machte deutlich, dass lokale Staatsmodelle entwickelt werden müssten und keine Demokratieverständnisse aus dem Norden schnell eingeführt und umgesetzt werden könnten. Ratsvorsitzender Schneider wie auch Sudanbeauftragter Haavisto warnten davor, ohne klare Rechtsgrundlage neue Einsätze der deutschen Bundeswehr und internationalen Militärs zu planen.

Weitere Informationen

Caroline Kruckow, EED
caroline.kruckow@eed.de

Links & Literatur

[Deutscher Evangelischer Kirchentag in Dresden](#)

Essayserie



10 Jahre  2011

FriEnt wird 10. Das ist zwar eigentlich kein Alter – dennoch bietet ein solches Jubiläum auch immer die Chance, kurz inne zu halten, Erfahrungen zu reflektieren und neue Herausforderungen zu identifizieren. Eine achttellige Essayserie beschäftigt sich daher mit Fortschritten und „Baustellen“ bei der Integration von Friedensförderung in klassische Sektoren der Ent-

wicklungszusammenarbeit – Bildung, Gesundheit und Land – blickt auf die internationale Ebene, auf umfassende Ansätze sowie Transformations- und Demokratisierungsprozesse. Von April bis November erscheint jeweils eine gekürzte Version in den FriEnt-Impulsen und wird auf der [Webseite](#) in der Langfassung veröffentlicht.

Im dritten Teil der Essayserie geht es um die Schnittstellen zwischen Friedensarbeit und der Arbeit im Gesundheitssektor. Der Gesundheitssektor bietet einige Ansätze, die Konfliktsensibilität und Friedensarbeit berücksichtigen. „Transitional Justice“ ist ein Bereich, in dem die Relevanz von konfliktsensibler Gesundheitsarbeit deutlich, jedoch noch nicht sehr häufig umgesetzt wird. Ein gut dokumentiertes Beispiel ist die peruanische Wahrheits- und Versöhnungskommission, die in ihrem Reparationsplan auch die Behandlung von kriegsbedingten Gesundheitsschäden der Opfer vorschlägt.

Mit Lisa Laplantes Essay über diese Arbeit möchten wir Impulse für die weitere Arbeit an den Schnittstellen zwischen Friedensarbeit und dem Gesundheitssektor geben. Den vollständigen Artikel finden sie [hier zum Download](#). Weitere Ansätze, Potenziale und Herausforderungen werden in dem Workshopbericht beleuchtet, der im Juli zur Verfügung stehen wird.

Linking Peacebuilding and Health in Post-Conflict Settings. The Peruvian Truth Commission, the Right to Health, Empowerment and Civil society

Peru offers one case study that helps to show the central role of health programming in a transitional justice setting. The Truth and Reconciliation Commission (PTRC) was established in 2001 through an Executive Decree following the flight of authoritarian president Alberto Fujimori. The TRC worked for two years to investigate the causes and consequences of grave human rights violations that arose out of the twenty year internal armed conflict (1980 to 2000) between the State and non-state groups. In August 2003, the PTRC published its final report based on approximately 17,000 testimonies.

The PTRC concluded that there were approximately 70,000 fatalities in addition to thousands of people being disappeared, tortured, orphaned, and displaced. Significantly, 70 percent of the victims of the war spoke a native language other than Spanish, and three out of every four lived in a rural region, were farmers, poor and illiterate, thus belonging to the historically marginalized and forgotten population. Indifference towards this 'second-class' of citizens by the powerful elite contributed greatly to the prolongation of the conflict. The PTRC found that the process of violence not only highlighted but worsened these socio-economic and ethno-cultural inequalities.

The mental health impact of the Peruvian war

The work of the PTRC helped offer a clearer picture of the serious impact that political violence and internal armed conflict had on mental health by dedicating an entire chapter to the psychosocial consequences of the internal armed conflict. At the personal level the PTRC found that many victims suffered heightened fear and distrust, generalized anxiety, depression, post-traumatic stress, psychosomatic problems, damage to the personal identity that give rise to secondary problems like alcoholism, intra-family violence, youth gangs and suicides. Of those who gave testimony 43.6% referred to feelings of permanent ineptness with regard to their participation in their personal and social lives. At the collective level, the PTRC found disintegration of the family and community bonds, and problems with coexistence and stigmatization. Often this situation resulted in great distrust among neighbors and family members that continues to challenge local reconstruction.

Significantly, despite the high report of mental health problems, only 3.2% of those victims-survivors who gave testimony to the PTRC made specific demands for public mental health services. This lack of demand, however, does not accurately reflect the lack of desire for health care.

Failure to claim the right to health

There are a host of socio-economic-political reasons for why victim-survivors do not attempt to access public health care nor make complaints when denied appropriate health care. For example, this population generally has low expectations of health care, viewing it more as a gift, favor or charity. Anything they receive is considered to be highly desired even if their actual experience is objectively of poor quality and might even amount to a violation of their rights (e.g. mistreatment, discrimination etc.) Deference to the opinion of doctors means that the traditionally disempowered are less likely to complain especially if they fear repercussions like the doctor refusing to give them medical treatment.

In terms of rights, this population often does not have sufficient knowledge of their rights or the appropriate channels to exercise these rights. They may rely heavily on specialists like lawyers, or non-governmental organizations that undermine their autonomy as rights-

holders. At the same time, the lack of time and resources can make it nearly impossible for these victims-survivors to fight for their rights. Competing priorities of survival like working, getting a roof over their head, food on the table and schools for their children make mental health care seem less urgent. Yet, what victims-survivors need to address the mental health needs may directly relate to meeting these everyday socio-economic needs along with their being empowered to achieve this human security. This unique approach to mental health presents new challenges to traditional approaches to public health care. Indeed, post-conflict recovery involves more than medicalized models of individual therapy, and instead must incorporate a rights-framework that may view economic, social and political aspects to health recovery. While there is overlap with development programs, the central difference is the placement of the survivor-victim as an agent within this process and the need for his and her empowerment to direct programming and reform.

The right to mental health and its application to post conflict recovery

International law recognizes a general right to ‘the highest attainable standard’ of physical and mental health. Treaties like the Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR) impose an obligation on State parties to respect, protect and fulfill these general rights. This duty means that governments must not only refrain from harming the health of a person within its jurisdiction, but must also prevent third parties from doing so. Moreover, governments have a ‘positive’ duty to affirmatively provide ‘goods, services and programs’ in health for the population. The standard for evaluating this health care is to ask if it is available, accessible, acceptable and of quality.

Despite this legal framework, war is rarely viewed as a direct violation of the right to health. Instead violent conflict is seen as violating other civil and political rights resulting in harm to physical and mental health. This harm must be redressed and the right to reparation is how the aspect of health comes into the transitional justice model of post-conflict recovery.

Indeed, the PTRC developed its Integral Plan of Reparations (PIR) to address the harm suffered by local population due to the war, including specific focus on health consequences. PIR, one of the most comprehensive and inclusive reparation plans developed by a truth commission, arose out of ongoing consultations with survivors and their advocates and thus reflects the demands of this population, and also the incorporation of stakeholder participation.

 [Read the whole article...](#)

Lisa Laplante is visiting Assistant Professor at the University of Connecticut School of Law, United States. This essay is based on the author’s extensive research in Peru. For more expanded discussion of the various sections see other articles by the author [here](#).

Contact

Lisa Laplante
lisalaplante@hotmail.com

FriEnt Tipps & Info

Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank in der Diskussion

„Sicherheit, Gerechtigkeit, Arbeit“ – was wie das Mai-Manifest des Deutschen Gewerkschaftsbundes klingt, ist tatsächlich das Konfliktbearbeitungscredo der Weltbank. In ihrem neuesten Weltentwicklungsbericht widmet sich die internationale Entwicklungsbank dem Nexus von Konflikten, Sicherheit und Entwicklung. Sie hat damit eine internationale Debatte

angestoßen, bei der die große Mehrheit der Kommentare den Bericht als potentiellen „game-changer“ lobt. Denn der Bericht liefere die quantitativen und qualitativen Argumente für Krisenprävention. Konsequenter umgesetzt – so die Hoffnung vieler Autoren – würde dies zu einem Umdenken beim Umgang mit Gewaltkonflikten führen. Krisenprävention und die Schaffung von belastbaren Institutionen würde zum zentralen Thema der Entwicklungszusammenarbeit werden.

Weitestgehend geteilt wird von den Kommentatoren die Analyse der Weltbank, wonach kaum neue Konflikte die fragile Staatenwelt charakterisieren. Vielmehr würden erneut ausbrechende Gewaltkonflikte das weltweite Konfliktgeschehen prägen. Dies vor allem, wenn jene Reformen scheitern, die legitime und funktionsfähige Institutionen nachhaltig schaffen sollen. Politische Gewalt und Gewaltkriminalität bilden hierbei mitunter eine eskalierende Symbiose. Viele Autoren begrüßen, dass der Bericht damit einer veränderten Realität Rechnung trägt und die Perspektive auch auf Gewaltphänomene in Ländern mittleren und hohen Einkommens lenkt.

Die gute Botschaft der Weltbank lautet: Schon innerhalb einer Generation können Konflikte wirksam bewältigt werden – schneller aber nicht. In diesem Zusammenhang stellen einige Kommentatoren allerdings die Frage, ob die gegenwärtige Institutionenlandschaft für die Begleitung solcher langfristiger Transformationsprozesse überhaupt richtig aufgestellt ist. Die Planungs- und Evaluierungsphasen seien dafür derzeit einfach zu kurz – der Trend zur Ergebnisorientierung ebenfalls kontraproduktiv.

All dies stellt die Gebergemeinschaft vor die Herausforderung, ihre Instrumente entsprechend anzupassen und ihre Koordinierung zu stärken. Man darf darauf gespannt sein, wie es nicht zuletzt auch innerhalb der Weltbank mit ihren hergebrachten Instrumenten gelingen wird, die Erkenntnisse des eigenen Berichts zu „mainstreamen“.

Der Weltentwicklungsbericht, so die einhellige Meinung, gehe zu Recht auch auf das überkommene Geber-Nehmer-Verhältnis ein, da die „Nehmerstaaten“ in erster Linie den „Geberländern“ Rechenschaft ablegen müssen und damit die Rechenschaftspflicht gegenüber seinen eigenen Bürgern untergraben werde. Dies sei ein großes Hindernis bei dem so notwendigen Vertrauensaufbau zwischen Staat und Bürgern. Verwunderung herrscht, dass die Weltbank in diesem Zusammenhang mit keinem Wort die Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erwähnt. In deren Prinzipien sei dieses Problem schließlich bereits erkannt und entsprechende Reformen kämen in Gang.

Bei der Herausforderung, das Vertrauen zwischen Staat und Bevölkerung wieder aufzubauen, fokussiere der Bericht allerdings zu sehr auf den Staat. Ausgangspunkt müsse vielmehr der Konfliktkontext sein, um flexible und an die spezifische Situation angepasste Strategien zu entwickeln. Dafür müsse eben manchmal gezielt mit informellen Strukturen und Akteuren außerhalb des Staates gearbeitet werden, die auch über Staatsgrenzen hinaus organisiert sind.

Weitere Informationen

Bodo Schulze, FriEnt
bodo.schulze@bmz.bund.de

Andreas Wittkowsky, FriEnt
andreas.wittkowsky@bmz.bund.de

Weltentwicklungsbericht 2011

[World Development Report 2011: Conflict, Security, and Development](#)

[WDR Input papers](#)

Kommentare

[Remarks on the 2011 World Development Report on Conflict, Security and Development](#)

Nick Grono | ICG

[It's not business as usual at the bank](#)
Leni Wild | ODI Blog

[Reflecting on the World Development Report: Lessons from 15 years of peacebuilding](#)

Conciliation Resources

[The 2011 World Development Report: A Potential Game Changer](#)
International Alert

[The emergence of institutions as key to development](#)
Phil Vernon

[World Development Report: Why no mention of Paris?](#)
Jonathan Glennie | Guardian

[Stellungnahme der Afrikanischen Union zum WDR 2011](#)

Insgesamt wird begrüßt, dass sich die Weltbank zu einer Prioritätensetzung bekennt. Ob der Fokus auf Sicherheit, Gerechtigkeit und Arbeit jedoch die gesellschaftliche Basis für dauerhafte Konfliktlösungen bilden kann und wie soziale Sektoren wie Bildung, Gesundheit oder Land ebenfalls eingebunden werden sollen, bleibt jedoch weitestgehend offen. Außerdem verwundert, dass kein Kommentator den Gerechtigkeitsbegriff der Weltbank kritisch unter die Lupe nimmt. Denn dabei würde sehr schnell deutlich werden, dass sich die Bank vor allem auf Rechtsstaatlichkeit und Justizwesen bezieht. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – wichtige Bezugspunkte für die Entwicklungszusammenarbeit – bilden hingegen den blinden Fleck des Weltentwicklungsberichts 2011.

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

c/o BMZ, Dahlmannstr. 4

53113 Bonn

Tel. +49-228-535-3259

Fax. +49-228-535-3799

frient@bmz.bund.de

www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann

Tel. +49-228-535-3447,

Marc.Baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per [Formular](#) auf der FriEnt-Website bestellt werden. Abmeldung bitte per E-Mail an frient@bmz.bund.de.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.